



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009

Studenten protestieren gegen die Bildungs- und Hochschulreform (25. Juni 2009)

Schüler und Studenten organisierten einen bundesweiten Streik, um gegen die an deutschen Schulen und Universitäten eingeführten Reformen zu protestieren. Die Regierung reagierte mit dem Versuch einer „Reform der Reform“, um sie in der Praxis besser umsetzen zu können. In diesem Artikel betrachten zwei Journalisten die wesentlichen Forderungen der Protestierenden und stellen sowohl Hintergrundbetrachtungen als auch Zukunftsprognosen an.

Klüger werden – Baustelle Bildung

Die wichtigsten Kritikpunkte an der Reform von deutschen Schulen und Hochschulen. Ein Überblick

Es war unklug, dass Bundesbildungsministerin Annette Schavan vergangene Woche in einem Radiointerview diesen Satz fallen ließ. Die Forderungen des Bildungsstreiks seien zum Teil gestrig, sagte die CDU-Politikerin. Sie sagte es in die Stimmung eines Tages hinein, der die größten Jugendproteste seit vielen Jahren gesehen hatte.

In mehr als 80 Städten gingen Schüler und Studenten auf die Straße. Ihre Klage: Die Politik verlange tiefgreifende Reformen von Schulen und Hochschulen, weigere sich jedoch, das notwendige Geld bereit zu stellen. Mit einem Mix aus gut gelaunten Protestaktionen, symbolischen Banküberfällen und gewaltfreien Rektoratsbesetzungen hatten sich die Protestierer Sympathien erworben – und dann fiel Schavans Satz, der dem bildungspolitischen Establishment ein mürrisch-besserwisserisches Gesicht verlieh, das alle Vorurteile zu rechtfertigen schien.

Das Ausmaß der Proteste überraschte, gilt die Generation auf der Straße doch als so unpolitisch wie keine vor ihr: Im *Studierendensurvey* der Konstanzer AG Hochschulforschung geben nur 37 Prozent der Befragten an, sich für Politik zu interessieren, 1983 waren es noch 54 Prozent. »Das sind keine Leute, die mal so aus Spaß auf Demos gehen«, sagt der Leiter der Studie, Tino Bargel. »Darum sollte die Gesellschaft ihre Forderungen sehr ernst nehmen.«

Es ist der zunehmende Effizienzdruck im Bildungssystem, gegen den sich Schüler und Studenten gleichermaßen wehren. Sie wollen nicht hinnehmen, dass ihnen auf dem Weg zum Abitur ein Jahr weggenommen wird, bei gleicher Stofffülle und einer entsprechend dramatischen Erhöhung der Wochenstundenzahl. Das frühe Aussieben vermeintlich

leistungsschwacher Schüler empfinden sie als ungerecht und stellen dem gegliederten Schulsystem die alte Vision einer Gesamtschule für alle entgegen. Auch Studiengebühren gehören nach Meinung der Demonstranten wieder abgeschafft. Mehr als alle anderen Bildungsreformen der vergangenen Jahre aber erregen die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master den Unmut der Protestler. Diese seien zu verschult, zu vollgepackt mit Paukstoff und Prüfungen. Die Reflexion des Gelernten bleibe auf der Strecke.

Die Diskussion um die neuen Abschlüsse ist nicht frei von Paradoxien. Schließlich sollen sie gerade jene Bildungsungerechtigkeiten beseitigen helfen, die die Protestierer so vehement beklagen. Das alte System von Magister, Diplom und Staatsexamen war es, das Kindern von Beamten eine viermal so große Chance auf einen Studienplatz einräumte wie jenen von Arbeitern, das hohe Abbrecherquoten produzierte und überlange Studienzeiten. »Das Humboldtsche Bildungsideal, von dem viele schwärmen, bedeutete in der Wirklichkeit der Universität einen Ausschluss breiter Massen von einem Studium und eine Festigung sozialer Bildungseliten«, sagt Heinz-Elmar Tenorth, Bildungshistoriker der Berliner Humboldt-Universität. Die neue Struktur sollte das Studium studierbarer machen und mehr junge Leute zum Abschluss führen, besonders jene Bildungsaufsteiger, die nicht schon von Hause aus mit dem akademischen Lernen vertraut sind. Die Forderung nach der Abschaffung ebendieser Reform ist es, die Ministerin Schavan vor allen anderen mit dem Etikett »gestrig« versieht.

Die Reformwirklichkeit sieht freilich anders aus, und gegen die wenden sich die Demonstranten. Hier ein Überblick über ihre wichtigsten Forderungen – und die Chancen ihrer Realisierung.

Ziel: Weg mit Bachelor und Master!

Hintergrund: Zwar haben sich die Studienzeiten im Schnitt tatsächlich verkürzt, in den Geistes- und Sozialwissenschaften sind die Abbrecherquoten deutlich gefallen. Auch die Zahl der Erstsemester ist gestiegen, viele Professoren kümmern sich intensiver um ihre Studenten. Doch viele Hochschulen haben die Chance zu einem Neuanfang verpasst und versucht, die alten Studieninhalte vollständig in die neuen Formen zu pressen. Zudem haben die semesterbegleitenden Prüfungen, die unmenschliche Schlussexamen ersetzen sollten, eine Bürokratisierung ungeahnten Maßes ausgelöst. Ergebnis: In einigen Fächern gibt es mehr Abbrecher als früher, die Studenten stöhnen unter dem Stress. Dabei haben sie Untersuchungen zufolge gar nicht mehr zu tun als in den alten Studiengängen. Die starren Strukturen nehmen vielen das Gefühl der Selbstbestimmung und damit den Spaß am Lernen.

Prognose: Der Bachelor hat in der Öffentlichkeit ein katastrophales Image. Zwar ist eine Totalabschaffung der neuen Abschlüsse so gut wie ausgeschlossen. Damit würde sich Deutschland international isolieren. Tatsächlich aber läuft die Reform der Reform bereits auf Hochtouren. Immer häufiger werden vier- statt dreijährige Bachelors konzipiert, Zeit zum Selbststudium wird eingeplant, Auslandssemester werden erleichtert. Fest steht bei allen Nachbesserungen: Auch wenn der Bachelor noch fehlerhaft umgesetzt wird, müssen sich die

Hochschulen den Herausforderungen einer Gesellschaft anpassen, in der 40 und nicht mehr 5 Prozent eines Jahrgangs studieren wollen und sollen.

Ziel: Studiengebühren abschaffen!

Hintergrund: Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2005 dürfen die Bundesländer ihre Studenten zur Kasse bitten. In Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg und im Saarland verschicken die Hochschulen Rechnungen von bis zu 500 Euro pro Semester. Hessen hatte Gebühren trotz heftiger Proteste zunächst eingeführt, nach den Wahlen von 2008, die mit Verlusten für die regierende CDU endeten, aber wieder abgeschafft. Die Befürworter des Bezahlstudiums verweisen auf das dringend benötigte Geld für die Hochschulen und erhoffen sich Anreize zu einem zügigeren Studium; Gegner kritisieren soziale Abschreckungseffekte und befürchten einen fortgesetzten Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung.

Prognose: Der Druck auf die Gebührenländer steigt. Zwar haben sich an vielen Hochschulen die Bedingungen dank der Studentengelder an einigen Stellen verbessert. Doch die verantwortlichen Regierungen sind ihr Versprechen, als Ausgleich für die Einführung ein flächendeckendes Stipendiensystem für ärmere Studenten zu entwickeln, fast überall schuldig geblieben. Zudem sind die angebotenen Studienkredite größtenteils zu teuer, Ausnahmeregelungen von der Gebührenpflicht zu intransparent, teilweise sogar sozialpolitisch unsinnig. Wird nicht rasch sehr entschieden nachgebessert, dürfte das Bezahlstudium die Landtagswahlen kommender Jahre kaum überleben.

Ziel: Nehmt die Lehre endlich ernst!

Hintergrund: Wenn Mittelzuweisungen etwas über Wertschätzungen aussagen, dann ist es ein klarer Fall: Bund und Länder hatten den Exzellenzwettbewerb Forschung allein in der ersten Phase mit gut 1,9 Milliarden Euro ausgestattet, für den entsprechenden Exzellenzwettbewerb Lehre war schon bei 10 Millionen Schluss. Dafür lassen Deutschlands Wissenschaftspolitiker kaum eine Sonntagsrede aus, in der sie nicht Professoren und Hochschulen mahnen, sich mehr Mühe mit den Studenten zu geben. Zudem fordern die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master schon von ihrer Struktur her einen höheren Zeitaufwand für Lehre, Betreuung und Prüfung. Bei einem Zahlenverhältnis an den Universitäten von durchschnittlich 60 Studenten pro Professor ist Frust auf beiden Seiten programmiert.

Prognose: Es mag langweilig klingen, doch der Ruf nach mehr Geld ist auch bei der Forderung nach einer besseren Lehre unvermeidbar. Doch alles Hoffen auf Abhilfe dürfte vergeblich sein. Zwar sollen dank Hochschulpakt 2020 zusätzliche Milliarden an die Hochschulen fließen – aber nur, wenn dafür noch mehr Studenten aufgenommen werden. Zur Geldnot gesellt sich ein Systemproblem: Das Engagement für exzellente Lehre zählt bei der Berufung künftiger Professoren bislang weit weniger als die Forschungsleistungen. So blieben gute Lehrer in der Vergangenheit häufig im Mittelbau stecken, während fleißige Forscher trotz schlechter Leistung

in der Lehre aufsteigen konnten. Das immerhin ändert sich: Bei Bewerbern wird zunehmend auf die pädagogische Eignung geachtet, und neue Zentren für Hochschuldidaktik sollen die Lehrenden fit machen.

Ziel: Stoppt die Ökonomisierung!

Hintergrund: Der Vorwurf, Lehre und Forschung unterwürfen sich zu stark einem wirtschaftlichen Kalkül, richtet sich gegen verschiedene Veränderungen an den Hochschulen: gegen den Anspruch der Bologna-Reform, »berufsbefähigende« Kenntnisse zu vermitteln, gegen Lehrstühle, die von Wirtschaftsunternehmen gesponsert werden, oder gegen Hochschulvergleiche, die den wissenschaftlichen Wettbewerb anheizen. Ein Dorn im Auge vieler Studenten sind die Hochschulräte, in denen neben Wissenschaftlern oder Vertretern von Stiftungen oft Manager von großen Konzernen sitzen. Diese Gremien haben die Aufgabe, die Hochschulleitung zu beraten. Zudem bestimmen sie in der Regel über die Besetzung des Universitätspräsidiums mit. Die Hochschulräte sind Teil der neuen Verwaltungsstrukturen, die – angeregt durch neue Hochschulgesetze – viele Universitäten in den vergangenen Jahren eingeführt haben. Einerseits drängen sie den Einfluss des Staates zurück und geben den Universitäten mehr Selbstständigkeit, etwa bei der Ernennung neuer Professoren. Andererseits verleihen sie den Hochschulspitzen größere Machtbefugnisse und beschneiden den Einfluss traditioneller Hochschulgremien wie etwa den des akademischen Senats. Damit handelt sich die neue Universitätsarchitektur den Vorwurf ein, antidemokratisch zu sein.

Prognose: Es gibt kaum Chancen, dass die Länderparlamente die neuen Hochschulgesetze wieder ändern. Die Diskussion, welchen Einfluss Unternehmen in den Universitäten haben sollen, dürfte sich in den nächsten Jahren jedoch zuspitzen. Auch deshalb, weil die Hochschulen noch stärker als heute auf neue Geldquellen angewiesen sein werden.

Ziel: Wir wollen die Einheitsschule!

Hintergrund: In keinem anderen Industrieland (außer Österreich) werden die Kinder so früh auf verschiedene Schulformen verteilt wie in Deutschland. Bereits nach der vierten Klasse – in Berlin nach Klasse sechs – müssen sich Schüler entscheiden, ob sie das Lernen auf dem Gymnasium, der Real- oder Hauptschule fortsetzen. Der Streit um die richtige Schulform geht bis zu den Anfängen der Bundesrepublik zurück, als die Alliierten dem Land eine demokratische Schule für alle vorschreiben wollten. Doch die Gesamtschule hat sich in keinem Bundesland durchsetzen können. Ob integrierte Schulsysteme tatsächlich bessere Leistungen erbringen, ist umstritten. Fest steht für die Mehrzahl der Wissenschaftler hingegen, dass die frühe Trennung der Schüler die soziale Auslese verschärft. In Deutschland gilt sie als besonders scharf.

Prognose: Nachdem sich jahrzehntelang nichts an den Schulstrukturen geändert hat, ist seit Kurzem Bewegung in die Fronten geraten. Verschiedene Bundesländer sind dabei, die Zahl der Schulformen zu reduzieren. Dabei geht es insbesondere um die Abschaffung der Hauptschule beziehungsweise ihre schrittweise Zusammenlegung mit der Realschule. Hamburg und Berlin

gehen noch einen Schritt weiter. Sie wollen alle Schulformen außer dem Gymnasium zu einer neuen Schule zusammenfassen. Das Besondere an den sogenannten Stadtteilschulen oder Regionalschulen: Für geeignete Schüler sollen auch sie das Abitur anbieten, und zwar in 13 statt 12 Jahren. Die Einheitsschule bis zur Klasse acht oder zehn, wie sie die meisten Nationen der Welt kennen, steht jedoch in keinem Bundesland auf der bildungspolitischen Agenda.

Ziel: G8 abschaffen!

Hintergrund: Alle westlichen Bundesländer haben die Gymnasialzeit reduziert. Den Anfang machte das Saarland. Seit 2001 heißt es hier: Statt neun müssen acht Jahre bis zum Abitur reichen. In den neuen Ländern gilt das achtjährige Gymnasium G8 schon lange. Die Kultusminister reagierten mit der Schulzeitverkürzung auf die Kritik, dass die deutschen Schulabgänger zu alt seien. Dies erweise sich als ein Wettbewerbsnachteil auf dem Arbeitsmarkt gegenüber anderen Nationen, die in der Regel zwölf statt dreizehn Schuljahre kennen. Tatsächlich lag das Durchschnittsalter deutscher Abiturienten vor Kurzem bei 19,5 Jahren, das Examensalter der Studenten bei 27. Die Annäherung an europäische Standards wird von Politikern aller Parteien befürwortet. Lehrerverbände dagegen kritisierten die Reform von Anfang an. Eltern und Schüler schlossen sich dem Protest an: Das Turbogymnasium überfordere die Schüler, lasse ihnen keine Zeit mehr für Sport, Musik oder andere Freizeitaktivitäten, denn Lernstoff und Stundenzahl bis zum Abi wurden meist nicht verringert. Deshalb dauert der Unterricht nun oft bis in den Nachmittag – ohne dass die meisten Gymnasien auf Ganztagsbetrieb umgestellt haben.

Prognose: Die Umsetzung der Schulzeitverkürzung ist weit fortgeschritten. Curricula wurden umgeschrieben, Stundenpläne verändert. Den meisten Gymnasien verlangte die Reform einen enormen Kraftakt ab. Deshalb ist es ausgeschlossen, dass G8 zurückgenommen wird. Die meisten Bundesländer sind jedoch dabei, den Unterrichtsstoff etwas zu straffen. Langfristig werden sich Gymnasien zu Ganztagschulen entwickeln müssen. Gute Schulen werden dann Lernen und Freizeit besser über den Tag verteilen können.

Gleich nach den bundesweiten Demonstrationen am vergangenen Mittwoch begann das Zahlenspiel. Die Polizei zählte rund 100000 Teilnehmer, die Organisatoren sprachen von 240000 und blieben tapfer bei dieser Schätzung, als längst augenscheinlich wurde, wie licht ihre Reihen vielerorts waren. Wer genau hinschaute, machte zudem eine überraschende Entdeckung: Der Anteil der Minderjährigen unter den Demonstranten war hoch. Mancherorts waren sie gar in der Mehrheit, und sie trabten keineswegs nur brav hindrein. »Die Schüler sind offenbar wieder stärker bemüht, Anschluss an die Politik zu finden, sich zu organisieren und zu artikulieren«, sagt der Soziologe Tino Bargel. Einige Bildungsexperten mutmaßen bereits, womöglich sei das Pendel nach einer Phase extrem pragmatischer Einstellungen bei der gegenwärtigen Studentengeneration dabei, zurückzuschwingen hin zu einer neuen Politisierung – ungeahnte Aussichten für künftige Protestwellen.

Für den aktuellen Bildungsstreik allerdings heißt das zugleich: Er dürfte kaum nachhaltig sein. Die Schüler sind in ihrer Politisierung noch nicht weit genug fortgeschritten, und noch fehlt den lange protestunwilligen Studenten die zornige Frusterfahrung vergeblicher Proteste. Das immerhin könnte schnell anders werden – dann nämlich, wenn die Politik ihre mit Nachdruck vorgebrachten Forderungen im Stile von Schavans Äußerung jetzt einfach ignoriere, sagt Bargel. »Doch selbst bei den 68ern hat es fünf Jahre gedauert, bis es zur Rebellion kam.«

Quelle: Jan-Martin Wiarda und Martin Spiewak, „Klüger werden – Baustelle Bildung“, *Die Zeit*, Nr. 27, 25. June 2009.